

Antje Huber stellte nach Annahme der Geschäftsordnung fest, dass die Delegierten in geheimer Abstimmung durch Wahlberechtigte zum Bundestag und nicht früher als 23 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Bundestages (19. Januar) gewählt wurden. Sie stellte zudem fest, dass gegen die Stimmberechtigung der Delegierten keine Zweifel erhoben wurden.

## 5. Grussworte

Der Vorsitzende des gastgebenden SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe Axel Horstmann und der Vorsitzende des gastgebenden SPD-Unterbezirks Bielefeld Heinz Hunger richteten Grussworte an die Versammlung.

## 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Rainer Verhoeven erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission und bestätigte die Anwesenheit der Delegierten wie folgt:

von 143 auf den Bezirk Westliches Westfalen entfallenden Delegierten sind	143
von 30 auf den Bezirk Ostwestfalen-Lippe entfallenden Delegierten sind	26
von 72 auf den Bezirk Niederrhein entfallenden Delegierten sind	64
von 55 auf den Bezirk Mittelrhein entfallenden Delegierten sind	55,
mithin von insgesamt 300 eingeladenen Delegierten anwesend.	288 stimmberechtigte Delegierte

## 7. Antragsberatung

Ralf Krämmer begründete den nachstehenden Antrag, der im Wortlaut von der Versammlungsleiterin verlesen wurde:

"Die Landesdelegiertenkonferenz unterstützt das Anliegen, jüngere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf aussichtsreichen Plätzen der NRW-Landeslisten für die Bundestagswahl 1990 zu berücksichtigen. Im Falle der vom Listenvorschlag des Landesvorstandes abweichenden Wahl einer Bewerberin oder eines Bewerbers im Juso-Alter auf einem aussichtsreichen Platz rücken die folgenden Vorschläge in der alten Reihenfolge entsprechend nach hinten."

In der Diskussion sprachen Hermann Heinemann, Wolfgang Dietze, Rainer Eskuch, Axel Horstmann, Andreas Hoppe und Ilse Ridder-Melchers. Ralf Krämmer nahm zu den Diskussionsbeiträgen Stellung.

In der anschließenden Abstimmung stimmten 22 Delegierte für den Antrag, die Mehrheit stimmte dagegen.

## 8. "Fortschritt 90 - Offensive für ein modernes Deutschland" Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Zöpel

---

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

am vergangenen Freitag hat der Parteivorstand unser Regierungsprogramm verabschiedet. Oskar Lafontaine hat es vorgestellt und es ist jetzt in der öffentlichen Diskussion. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Uns gefallen natürlich Reaktionen, die wohl auch richtig sind, die diesem Programm sagen, es sei mutig, es zeige vor allem beim ökologischen Umbau unserer Gesellschaft einen durchaus auch risikobewußten Gestaltungswillen, ein Risikobewußtsein, das sich ja auch in einigen unserer Diskussionen zur Mineralölsteuer widerspiegelt. Eine Reaktion, die empfinde ich als grotesk. Das ist die Reaktion des FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff. Der fühlte sich durch dieses Programm an Klassenkampf erinnert. Er wiederholte seine Behauptung, jede Mark in der privaten Verfügung der Bürger sei besser als jede Mark in der Verfügung des Staates. Bei solchen grotesken Anmerkungen fällt einem dann wirklich nur noch Polemik ein, und ich glaube, wir sollten Graf Lambsdorff entgegenhalten, ob er damit meint, daß Groschenhefte mit kriegsbefürwortendem Inhalt oder Drogen wichtiger seien als Kindergärten und Universitäten.

Die Reaktionen, mit denen es sich auseinanderzusetzen am meisten lohnt, sind Kommentare, ob denn dieses Programm in die derzeitige politische Situation in Deutschland passe, ob nicht Aussagen dieses Programms nicht mehr aktuell seien und daher im Vereinigungsprozeß gar nicht die Rolle spielen könnten, die die SPD wünscht.

Hierauf möchte ich besonders eingehen. Solange ich mich erinnern kann an die Erarbeitung von Regierungsprogrammen unserer Parteien, ist noch niemals ein Regierungsprogramm in einem so intensiven Erarbeitungsprozeß diskutiert und erörtert worden wie dieses. Das Regierungsprogramm hat einen monatelangen Vorlauf in der Arbeit der Kommission Fortschritt '90, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, aus den in den letzten Jahren erkannten tiefgreifenden Veränderungen in hochentwickelten westlichen Gesellschaften die notwendigen Konsequenzen, handlungsorientiert, zu ziehen. Das, was von Oskar Lafontaine und anderen mit Überlegungen zu anderem Fortschritt, zu einem neuen Verständnis von Fortschritt artikuliert und diskutiert worden war, das haben wir in einer - ich möchte es noch einmal sagen - monatelangen diskutiven Anstrengung versucht umzusetzen in mögliche Handlungen. Es macht Sinn, sich noch einmal zu vergewissern, was diese Veränderungen sind.

Wir leben in einer sehr, sehr reich gewordenen Gesellschaft, die diesen Reichtum vor allem verdankt den in diesem Tempo nicht vorhergesehenen Möglichkeiten, technischen Fortschritt in wirtschaftliches Wachstum umzusetzen. Wir sehen auf der anderen Seite, daß technischer Fortschritt zu ökologischen Gefährdungen und damit zu veränderten Bewußtseinslagen, dem Eindringen von Ängsten in die Gefühle der Menschen geführt hat.

Wir leben in einer Welt, in der vor allem unsere Kinder nationale Grenzen nicht mehr kennen, weil es problemlos ist, aus Düsseldorf nach Paris oder von Dortmund nach Rom zu fahren. Wir erleben auf der anderen Seite das Wie-

dererwachen nationaler Gefühle und Bestrebungen und europäische Wanderungsbewegungen, die zu Ausbrüchen von Fremdenfeindlichkeit führen.

Wir leben in einer Welt mit immer mehr Möglichkeiten der Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen. Wir erfahren auf der anderen Seite, daß diese Rechte sehr vielen Frauen vorenthalten bleiben.

Das ist die Welt, auf deren vielfach neuen Probleme wir Antworten zu finden suchen. Diese Antworten lassen sich, so meine ich, in drei große Bereiche zusammenfassen.

Das, was im bisherigen Fortschrittsverständnis bewältigt ist, ist die Nutzung des technischen Fortschritts für die Steigerung des ökonomischen Wohlstandes, das, was nicht bewältigt ist, trotz aller Versuche und Anstrengungen zu immer größeren Gefährdungen führt, ist die ökologische Kehrseite dieses technischen Fortschritts. Deshalb ist es Thema Nummer Eins unseres programmatischen Fortschrittsverständnisses, notwendig auch die ökologische Seite des technischen Fortschrittes zu beherrschen.

Der zweite große Bereich ist das Zurückbleiben der Lebenschancen der Frauen in unserer sich beschleunigt modernisierenden Gesellschaft. Weiterhin sind traditionelle aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellungen virulent hinsichtlich der Rolle der Frauen, die überwunden werden müssen.

Im Grunde - so läßt es sich wohl formulieren - ist der Bericht Fortschritt '90 der Versuch, die in Teilbereichen unserer Gesellschaft feststellbaren Modernitätsrückstände, Modernitätsrückstand Ökologie, Modernitätsrückstand Gleichberechtigung der Frauen, aufzuarbeiten und handlungsorientiert zu überwinden. Zu diesem Fortschrittsverständnis, zu diesem politischen Anspruch, Modernitätsrückstände in Teilbereichen gesellschaftlichen Denkens und Handelns aufzuarbeiten, gehört als Drittes auch, daß sich das Verständnis von Grenzen geändert hat. Das Denken in nationalstaatlichen Grenzen gehört zu einem Politikverständnis, das wie traditionelle Vorstellungen über die Rolle der Frau mit dem 19. Jahrhundert verhaftet ist.

Grenzen werden, so meine ich, heute im gesellschaftlichen Diskurs anders verstanden. Die Frage nach Grenzen stellt sich bei der Frage, welche Technologien lassen sich sozialverträglich noch umsetzen, sie stellt sich besonders bei den Grenzen der Belastung der Umwelt. Dieses Grenzverständnis gehört zu einer Politik, die Modernisierungsrückstände aufarbeiten will. Weniger Sinn machen Grenzen, die Menschen trennen, vor allem auch deshalb, weil insbesondere die großen ökologischen Probleme nicht in den Grenzen der Nationalstaaten gelöst werden können.

Manche verstehen diese politische Auseinandersetzung mit dem Problem der Grenzen bewußt falsch und so formuliere ich es in aller Eindeutigkeit: Wer Grenzen zwischen Nationalstaaten für verzichtbar erachtet, der muß die Grenze zwischen der DDR und der BRD, so wie sie 40 Jahre lang bestand, als eine Grenze von besonderer Absurdität auffassen, eine Grenze von besonderer Absurdität, die wohl noch etwas unsinniger war als andere Grenzen. Nur, das Beseitigen dieser absurden Grenze darf nicht neue Grenzen in Europa entstehen lassen, darf nicht zu Behinderungen führen, globale Probleme, europäische Probleme gemeinsam zu lösen. Nun könnte man ja sagen, an dieser Sicht sei einiges nur Rhetorik. Ich glaube, nein. Die Debatte, daß für die Bewohner der Länder Sachsen und Brandenburg die Grenzübergangsbestimmungen nach Polen verschärft werden sollen, zeigt das Gegenteil. Die Visapflicht für Bürger, die in der heutigen DDR leben, wenn sie nach Polen wollen, mag ja ökonomische Gründe haben, aber schneller als man glaubt, ver-

schärft sich eine Befürchtung, die mich bewegt, daß andere Grenzen wieder dichter werden können, als sie waren, während in Deutschland eine Grenze fällt. Diese Befürchtung ist schon politischer Alltag geworden wenige Monate nur nach dem Fall der Mauer.

Modernitätsrückstände aufzuholen, im Bereich der Ökologie, im Bereich der Gleichstellung der Frau, sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge, von denen wir, die Kommission Fortschritt '90, ausgegangen sind. Unsere prinzipiellen Vorgaben waren festgelegt im Berliner Programm, das wir seit Ende des vergangenen Jahres als Nachfolge des Codesberger Programms haben. Und nun ging es darum, für wichtige Handlungsbereiche mit der Zielrichtung programmatisch zu arbeiten, was davon in vier Jahren potentieller sozialdemokratischer Regierungsverantwortung - vier Jahre sind eine kurze Zeit - umgesetzt werden könnte.

Unser erster programmatischer Anspruch, den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu beginnen, enthält drei Maßnahmenpakete, die im Programm jetzt als Säulen bezeichnet sind; man kann über Begriffe streiten, aber sagen wir Säulen. Die erste Säule ist die ökologische Energiebesteuerung. Sie entspricht der richtigen Einsicht, die vielleicht ein Physiker besser formulieren kann als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, daß es Sinn macht, die Energieproduktivität und damit das Sparen von Energie dadurch zu verbessern, daß man Energie teurer macht, und die Produktivität ja weiterhin im Überfluß vorhandener Arbeit nicht schneller ansteigen zu lassen als es mit hoher Beschäftigung vereinbar ist und deshalb Arbeit zu verbilligen. Was das vor allem beim Mineralöl für eine Bedeutung hat, lehrt uns, so glaube ich, die Entwicklung der letzten Wochen am Persischen Golf. Die globalen ökologischen Probleme und die globalen ökonomischen Probleme hängen doch viel gefährlicher miteinander zusammen als wir es in den letzten zehn Jahren verdrängt haben. Norbert Gansel hat zu der Auseinandersetzung im Golf gesagt, hier könnte der erste globale Ressourcenkrieg der Wirtschaftsgeschichte eintreten. Ich glaube, mit diesem Begriff "Ressourcenkrieg" hat Norbert Gansel das, was am Golf geschieht, wohl auf den ökonomisch-ökologisch richtigen Nenner gebracht. Gerade deshalb sollten wir daran festhalten, alles zu tun, sowenig Mineralöl wie möglich zu verbrauchen, entweder weniger mit dem Auto zu fahren oder, wenn es nicht anders geht, auch mit kleineren. Zu einer solchen Politik gehören auch Stadthalten, die man gut von der Bahn aus erreichen kann. Im Zug saßen ja heute auch viele Delegierte, wie man feststellen konnte.

Die zweite Säule sind die Umweltabgaben, die dritte Säule ist das Umweltordnungsrecht. Ich will nicht verhehlen, daß das Umweltordnungsrecht, die Besinnung des Staates auf seine Funktion, durch staatliche Rechtssetzung das zu untersagen, was nicht sein darf, bei einem zeitgerechten Staatsverständnis vielleicht das wichtigste ist. Es gibt ökologische Probleme, bei denen es weniger Sinn hat, einen Anreiz zu geben, irgendetwas nicht zu verbrauchen, weil es ökologisch schädlich ist, als es gleich zu verbieten. Die Entscheidung FCKW zu vermeiden, das Kleingedruckte auf den Flaschen zu erkennen, 25 Mio., 30 Mio. Einkaufenden, überwiegend Frauen, manchmal auch Männern zuzumuten, statt nun wirklich zu sagen, das darf nicht produziert werden, hat dann nichts mit Marktwirtschaft zu tun, sondern ist mutloses, falsch verstandenes Staatshandeln.

Unser zweiter Anspruch ist die Gleichstellung der Frau. Änderungen beim Kindergeld finanziert durch Änderungen beim Ehegattensplitting, Bemühungen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, festzumachen an dem Anspruch

auf Kinderbetreuung, am Sonderurlaub für erwerbstätige Mütter und Väter, am Erziehungsurlaub, am Anspruch auf den Kinderkrippenplatz sind die vorgeschlagenen Maßnahmen. An dieser Stelle bitte ich wirklich um Verständnis und Zustimmung - alle die in einem Parlament sitzen, mögen sich mal fragen, was nach ihrer Erfahrung in vier Jahren bislang bewegt werden konnte - : das ist das konkrete Zielbündel, das in vier Jahren hier zu erreichen ist.

Daß es uns im Prozeß der Vereinigung mit der DDR jetzt gelungen ist, auf dem Gebiet des § 218 durch die erfolgreichen Anstrengungen, besonders von Oskar Lafontaine und Herta Däubler-Gmelin, zu rechtlichen Regelungen zu kommen, die damit verbundenen Probleme nicht mehr im Rahmen des Strafrechts zu lösen, halte ich für einen Beitrag, den die DDR zum Fortschritt der Aufklärung im vereinigten Deutschland geleistet hat.

Diese auf in den letzten zehn Jahren offensichtlich gewordene gesellschaftliche Veränderungen reagierenden politischen Handlungsbereiche sollen nicht in einem Gegensatz zu den sozialpolitischen Anstrengungen der Sozialdemokratie stehen, die unserer Tradition entsprechen, die der Grund sind, weshalb kontinuierlich Millionen Menschen uns wählen. Neue sozialpolitische Anstrengungen müssen natürlich auch eingeordnet werden in die konkrete verteilungspolitische Situation des Jahres 1990. Vor vier Tagen veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung eine Zahlengegenüberstellung, die für mich deutlicher als manches andere belegt, was in zehn Jahren in der Bundesrepublik an dramatischer Verschiebung der Lebenschancen in einer immer reicher werdenden Gesellschaft passiert ist. Im Jahr 1979 war das durchschnittlich verfügbare Einkommen jedes Haushalts - ein Haushalt können mehrere Einkommensempfänger sein - 36.000 DM. Es ist heute bei 51.000 DM. Dramatischer noch, '79 war das durchschnittliche Nettogeldvermögen pro Haushalt 51.000 DM, es ist heute 95.000 DM und das in zehn Jahren. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 908.000 auf 1.619.000 Menschen gestiegen. Ich hatte vorhin das Wort Klassenkampf aus dem Wortschatz von Graf Lambsdorff erwähnt und das für grotesk erklärt. Sollte man den Gebrauch des Begriffes Klassenkampf nicht für ein verbales Problem halten, sondern hingenommene oder sogar geförderte Veränderungen der Lebenschancen eines Teils der Gesellschaft als Klassenkampf diagnostizieren, so könnte vielleicht diese Diskrepanz in der Veränderung der Vermögenssituation der Haushalte einerseits und der zunehmenden Anzahl von Sozialhilfeempfängern andererseits Klassenkampf sein.

Unsere Antworten in einer reichen Gesellschaft, in der die Unterschiede zwischen den Vermögenden und denjenigen, die keine guten Lebenschancen haben, größer werden, müssen zunächst weitere Maßnahmen zur besseren Absicherung von Menschen sein, die vom Abgleiten in diese Situation der Chancenlosigkeit betroffen sind. Das sind die Einführung der Grundsicherung bei Alter und Invalidität und die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung.

Es muß dann die vorausschauende Abhilfe sein: Hier liegen die entscheidenden Maßnahmen, die ursachengerecht ansetzen können. Mit der Grund für die rapide Zunahme der Sozialhilfeempfänger ist ja das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit, der Chancenlosigkeit schlechter qualifizierter Jüngerer, in das Arbeitsleben hineinzukommen. Vorausschauende Abhilfe muß also eine intensive Politik sein der beruflichen Qualifizierung für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendliche, und der lebenslangen Weiterbildung für all diejenigen, die in Gefahr geraten, zu den Sozialhilfeempfängern gehören zu können.

Auch das Problem der Wohnungsnot ist eines, das zu tun hat mit diesen dramatischen Reichtumsveränderungen in unserer Gesellschaft, denn die Wohnungsnot ist darauf zurückzuführen, daß die Reichen sich immer mehr einkaufen können in Wohnungsbestände, daß sie ihren Wunsch, eine größere Wohnung zu haben, befriedigen durch Zugriff, eben kaufkräftigen Zugriff, legal, auf bestehende Wohnungen, aus denen die Ärmeren hinausgedrängt werden, weil sie die steigende Miete nicht bezahlen können.

Dies sind die Handlungsschwerpunkte, die wir herausgearbeitet haben, die Schwerpunkte für vier Jahre. Die Herausarbeitung dieser Schwerpunkte war bei der Arbeit der Kommission Fortschritt '90 verbunden mit einem ständigen Ringen um finanzpolitische Solidität. Es ist manchmal noch schwierig zu vermitteln, wenn man es unter Sozialdemokraten diskutiert, daß das intensive Ringen um finanzpolitische Solidität, richtige Politik, verantwortliche Politik in einem ganz notwendigen Sinne ist. Es gehört zu meinen persönlich schmerzhaftesten Erfahrungen, erlebt zu haben, wie schnell die richtige Formulierung richtiger politischer Ziele in die Nähe der Unglaubwürdigkeit führen kann, wenn nachher nicht die finanziellen Möglichkeiten vorhanden sind, um diese formulierten Ziele in Regierungshandeln umzusetzen. Und von daher ist für mich die Frage, formuliert eine Partei in ihrem Regierungsprogramm nur Vorhaben, von denen sie sich vergewissert hat, in Abwägung zwischen unterschiedlichen Zielen, ob sie auch finanzierbar sind oder nicht, durchaus eine politisch-moralische Frage. Seit Max Weber kennen wir die Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Natürlich ist es gute sozialdemokratische Gesinnung zu sagen, laßt uns doch auch noch das oder dieses Vorhaben ins Programm schreiben, es gibt Menschen, die wollen das. Da hat man die richtige Gesinnung und richtige Gesinnung ist in Ordnung. Aber verantwortlich, und ich meine für einen Politiker, der den Staat gestalten will, kann nur Verantwortungsethik im Zweifelsfall in Frage kommen, muß dazugehören, daß man sicher ist, ob ein solches Versprechen auch bezahlbar ist.

Wir haben in der Kommission Fortschritt '90 gerungen um finanzpolitische Solidität in einer historischen Situation, wo gerade aus sozialdemokratischer Sicht auch der Einsichtsprozeß vollzogen sein muß, daß der Ausweg in die Steigerung der Staatsverschuldung keiner mehr ist. Das war in den 70er Jahren anders. Wer die Zinsquoten der Haushalte Mitte der 70er Jahre mit denen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre vergleicht, wird hier einen prinzipiellen historischen Unterschied feststellen, und der besteht darin, daß in unseren Haushalten insgesamt, im Bundeshaushalt mehr als in den meisten Landeshaushalten, auf jeden Fall mehr als im Landeshaushalt von NRW, die Zinsquote so hoch ist, daß die Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber den Möglichkeiten der 70er Jahre bereits eindeutig eingeschränkt ist. Denn was man anteilmäßig für Zinsen ausgibt, kann man anteilmäßig nicht gleichzeitig für etwas anders ausgeben. Nun kann man viel darüber diskutieren, was denn die politische und gesellschaftliche Interessenslage bei der Staatsverschuldung ist. Sehr lange gab es die Diskussion, Sozialdemokraten, gehen leichtfertig mit dem Geld um, lassen Staatsverschuldung entstehen, Konservative aber streiten dagegen. Ich bin inzwischen zutiefst davon überzeugt, daß es bei den Auseinandersetzungen zwischen konservativen Wirtschaftsinteressen und dem Anspruch auf einen handlungsfähigen demokratischen Staat eine ganz neue Gefechtslage gibt. Es gibt nämlich kein effektiveres Mittel, den Staat handlungsunfähig zu machen, und ihn deshalb rauszuhalten aus Tätigkeiten, die von konservativen Wirtschaftsinteressen nicht gewollt werden, als ihm permanent vorwerfen zu können, er sei wegen seiner hohen Zinslast letztlich bereits handlungsunfähig geworden. Das ist die Interessenslage, auf die wir uns einstellen müssen. Wer die Entwicklung in

den Vereinigten Staaten sieht, das leichtfertige Bekenntnis von Präsident Bush, man möge auf seine Lippen gucken, daß er die Steuern nicht erhöhen wird - nun braucht er die Debatte nicht zu führen, weil die Vereinigten Staaten mit der Golfkrise beschäftigt sind -, wird mir recht gegeben.

Sozialdemokraten, die einen handlungsfähigen Staat wollen, und da appelliere ich an Euch, sollten nicht in diese Falle laufen, daß wir am Ende einer Periode, wo wir wieder regieren können, dann dastehen und man sagt uns, laßt es, egal ob ein Anliegen berechtigt ist oder nicht, ihr seid so verschuldet, daß ihr gar nicht handeln dürft.

Damit bin ich bei dem ersten Thema, das zu tun hat mit dem Veränderungsprozeß, der sich in Deutschland vollzogen hat, bei dem Thema, wie ist der Einigungsprozeß zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu finanzieren. Wir erleben hier, - und das ist vielleicht noch nicht einmal so richtig vorwerfbar, es sei denn als Antwort darauf, wie unverantwortlich mit dem Problem umgegangen wird - daß es keine Übersicht gibt über alle Notwendigkeiten, die finanziell aus der heutigen DDR auf uns zukommen. Wir erleben unablässig neue Zusagen oder Zusagenotwendigkeiten, vor allem, weil die Ansprüche an Sozialleistungen, wenn die Menschen in der DDR nicht verelenden sollen, höher als geschätzt sind. Und wir erleben beim Finanzminister, beim Kanzler die Aufrichtung des Tabus, über Steuererhöhungen zu diskutieren. Es erinnert fatal an die Lippen von Bush, was man von den Lippen von Kohl und Waigel ablesen kann. Deshalb meine ich, entspricht es dem Ringen um finanzpolitische Solidität der Kommission Fortschritt '90, heute zu sagen, wenn der Verzicht auf die Senkung der Unternehmensbesteuerung, wenn der endlich realisierbare Verzicht auf hohe Verteidigungsausgaben nicht reicht, um den Menschen in der DDR gleiche Lebenschancen zu geben, dann kann auch die Frage gerechter Steuererhöhungen kein Tabu sein. Das gehört zu dem Anspruch auf Solidität und zu dem Vermeiden des Hineinlaufens in die Falle der Konservativen, einen im Inneren handlungsunfähigen neuen deutschen Staat zu haben.

Damit bin ich, wie eben gesagt, bei den Veränderungen in Deutschland, aber ich muß noch einen Augenblick innehalten, weil ich zurückkommen will auf die Frage, die ich angesprochen habe zu Beginn aufgrund von Kommentaren ob denn die Übernahme der Grundthesen von Fortschritt '90 in das Regierungsprogramm zeitgemäß sei.

Hier bitte ich Euch: Überlegt mit! Ich glaube, für diejenigen Menschen in der Bundesrepublik - es sind vielfach jüngere, aber genauso ältere, die aus ihren reflektierten Erfahrungen die Konsequenzen ziehen -, die mit uns zusammen merken, ökologisch kann es nicht so weitergehen, mit der Benachteiligung der Frauen in der Bundesrepublik kann es nicht so weitergehen, wie es in den 80er Jahren der Fall war, gibt es doch keinen einzigen Grund, diese Forderungen, diese Wünsche für die Bundesrepublik nicht mehr zu haben, weil es zu dem Vereinigungsprozeß gekommen ist. Deshalb gibt es keine Alternative dazu, an diesen, zunächst für die Bundesrepublik erarbeiteten Programmaussagen festzuhalten. Das Schlimmste wäre daher, vielleicht möchten das einige, in einer großen Zeitung war es so zu lesen, die ökologische Problematik herunterzuspielen, weil die nationale angeblich so wichtig geworden ist.

Damit bin ich bei dem, was wir an neuen erschreckenden Erfahrungen aus der DDR aufnehmen mußten und immer noch müssen. Ich will diese Erfahrungen auf einige Begriffe bringen, in einer Reihenfolge, die ich für eine Wertreihenfolge halte.

Das Erschreckendste, was wir in diesen Wochen erfahren und hören, ist das immense Maß inneren Terrors, das es in der DDR gegeben hat und in anderen osteuropäischen Staaten, die Staatssicherheit oder für Rumänien die Securitate stehen dafür als grauenvolle Institutionen.

Dann ist es das Erschrecken über das hohe Maß ökologischen Versagens in den kommunistischen Systemen. Wenn ich dieses Erschrecken artikuliere über ökologisches Versagen eines totalitären Regimes, dann kann man eine bescheidene Konsequenz auch für unsere Innenpolitik daraus ziehen: Ökologische Probleme werden sichtlich nur lösbar, wenn sie transparent sind, und das Beispiel DDR sollte auch uns sagen: lieber ein ökologisches Problem länger diskutieren, auch wenn es in einer bestimmten Situation mal in einer Kommune politischen Ärger macht, als es in irgendeiner Weise verheimlichen. Das sollte eine Lehre aus der DDR für die Bundesrepublik und für den neuen bundesdeutschen Staat sein.

Das dritte dann ist das Erlebnis des großen Nachholbedarfs an alltäglicher Freiheit.

Die Menschen, die bisher in der DDR gelebt haben, haben dann, das ist das vierte, und auch das ist zu akzeptieren, einen großen Nachholbedarf an Wohlstand. Auch das möchte ich ausdrücklich als aufrüttelnde Erfahrung formulieren, weil es natürlich nicht so sehr anständig ist, wenn Sozialdemokraten, solche soll es ja geben, die in etwas gehobeneren Einkommensverhältnissen leben, sich nun darüber mokieren, was von DDR-Bürgern alles gekauft wird. Ich halte das für unanständig.

Diese Erlebnisse haben wir. Es kommt eine allgemeine Erkenntnis hinzu, die unsere Politik vor Schwierigkeiten stellt. Wir Sozialdemokraten müssen fertig werden mit Aufholnotwendigkeiten der bisherigen DDR im Modernisierungsprozeß zu einer hochentwickelten Gesellschaft. Ich möchte es noch einmal formulieren. Wir müssen in der Politik der Sozialdemokratie im vereinigten Deutschland fertig werden mit den großen Aufholnotwendigkeiten, die die Menschen der DDR haben im Modernisierungsprozeß zu einer hochentwickelten Gesellschaft. Es wird Schwierigkeiten machen, darauf müssen wir uns einstellen, aber wir können deshalb nicht verzichten, den Modernisierungsprozeß in der Bundesrepublik und damit zukünftig in einer größeren Bundesrepublik fortzusetzen. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die wir für die DDR wollen, sind deshalb auch mehr als nur ökonomisch gleichwertige Lebensverhältnisse. Ich meine, im Denken und in unseren Diskussionen über das, was in der DDR geschieht, gehören unter dem richtigen Anspruch der Sozialdemokraten, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen in Sachsen und Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verwirklichen zu wollen wie für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, gleiche Lebensrechte, gleiche Lebenschancen, gleiche Lebensverhältnisse bei den Freiheitsrechten, beim Wohlstand, bei der Abwehr ökologischer Gefährdungen und bei den Bewußtseinslagen der Menschen zusammen. Das alles gehört zusammen und muß für uns politikrelevant sein.

Wenn wir das so politisch argumentieren, ist eigentlich der Unterschied unserer sozialdemokratischen Politik gegenüber konservativer Politik deutlich. Die konservative Politik in Deutschland knüpft, ich möchte fast sa-

gen bruchlos, an nationalbürgerliche Politikvorstellungen des 19. Jahrhunderts an, an nationalbürgerliche Politikvorstellungen, die Wirtschaftsliberalismus propagieren und die mit Wirtschaftsliberalismus immer verbundenen sozialen und heute auch ökologischen Verwerfungen dann kaschieren mit nationalem Pathos. Das ist genau die Gefechtslage, mit der wir es zu tun haben: das Hereinholen des 19. Jahrhunderts nach Deutschland, Wirtschaftsliberalismus und endlich wieder eine Ideologie oder, man darf es doch noch einmal sagen, Opium fürs Volk, nämlich nationales Pathos, um die sozialen und ökologischen Konflikte, die mit Wirtschaftsliberalismus zu tun haben, zuzudecken. Das ist das, wogegen wir mit unserem Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse für den Menschen in seiner Gänze auch in der bisherigen DDR anstreiten. Konkretisieren wird sich dieses in der Diskussion einzelner sozialpolitischer, umweltpolitischer und wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Für die DDR wird dabei, so meine ich, in diesen Monaten leichter als in der Vergangenheit die ordnungspolitische Debatte zu führen sein. Mit dem einseitigen liberalistischen Marktwirtschaftsmodell, das die CDU in die DDR trägt, können wir konkurrieren, indem wir mit zig Beispielen deutlich machen, daß hochentwickelte Gesellschaften nur funktionieren, wenn es ein komplexes Ineinanderwirken von Marktmechanismus und handlungsfähigem demokratischen Staat gibt. Nur dieses Ineinanderwirken, Marktmechanismus und handlungsfähiger demokratischer Staat, gewährleistet überhaupt hochentwickelte moderne Gesellschaften. Der Markt allein ist auch in Kolumbien realisiert. Statt Staat haben sie dort die Drogenmafia, um ein besonders extremes Beispiel zu bringen.

Daß dieses Zusammenwirken notwendig ist, können wir an vielen einzelnen Gestaltungsbereichen der Politik deutlich machen. Marktwirtschaft funktioniert eben nur, wenn Infrastruktur vorhanden ist. Inzwischen hört man ja mehr und mehr von Unternehmen, Johannes Rau hat es gesagt, die erst in die DDR kommen wollen, wenn bestimmte Infrastrukturvoraussetzungen erfüllt sind, die die Unternehmer offensichtlich nicht marktwirtschaftlich schaffen wollen.

Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die Menschen qualifiziert sind für die Anforderungen der Produktionen und der Dienstleistungen, bei denen sie arbeiten sollen.

Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die ökologischen Gefährdungen durch Umweltschutzpolitik abgewehrt sind.

Zur Marktwirtschaft gehört auch eine funktionsfähige kommunale und staatliche Verwaltung. Dies ist übrigens sinngemäß die Überschrift eines Leitartikels in der Frankfurter Allgemeinen, aber im Wirtschaftsteil, wo da nicht das nationale Pathos ganz im Vordergrund steht.

Diese Konkretisierung unseres Anspruches, daß Markt und handlungsfähiger demokratischer Staat zusammengehören, kann das überzeugende Thema der prinzipiellen ordnungspolitischen Auseinandersetzung in der DDR werden. Damit können wir sofort anfangen, denn in den Städten und Dörfern, in Sachsen, in Thürigen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt wird nichts passieren, wenn nicht Kommunen sofort die Möglichkeit haben, etwas zu tun zum Aufbau der Infrastruktur und der Verwaltung, und dazu brauchen sie Geld und das sofort, sonst kann dort wirtschaftlich nicht losgehen, was endlich losgehen soll.

Das, was in der DDR geschieht, dieser Prozess für mehr Freiheit, für mehr Wohlstand, für mehr Ökologie, ist aber, und das darf man nicht vergessen,

Teil eines europäischen Prozesses, Teil eines europäischen Prozesses aus Gründen, die wir täglich merken. Die Unlösbarkeit der globalen ökologischen Probleme allein auf nationalstaatlicher Ebene habe ich erwähnt. Wir erleben auch, daß das Wohlstandsgefälle, die Armut in einigen europäischen Ländern und der Reichtum in anderen, nicht als alleiniges Problem der armen Länder in diese verwiesen und verdrängt werden kann. Die Menschen kommen aus den armen Ländern in die reichen, und damit wird das Wohlstandsgefälle, das es europäisch gibt, schneller als auch wir es wünschen würden und entgegen allen Versprechungen nationalen Pathos<sup>1</sup>, ganz schnell ein Problem der Innenpolitik aller miteinander vernetzten europäischen Länder.

Für das rechtsstaatliche Handeln nicht vollintegrierter Staaten und damit auch Volkswirtschaften bleiben ausländerrechtliche Regelungen eine Notwendigkeit. Das Grundrecht auf Asyl ist dabei für Sozialdemokraten ein Tabu. Aber selbst wenn es Rechtsregelungen gäbe, die Sozialdemokraten niemals akzeptieren könnten, würden die Wanderungsströme aus Gründen der Armut nicht versiegen, wenn nicht eine gesamteuropäische Politik das Wohlstandsgefälle ausgleicht.

Dabei ist die erforderliche Diskussion um eine gesamteuropäische Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Debatte einseitigen Gebens- und Nehmens. Johannes Rau hat vorhin bei seiner Analyse der Bevölkerungsentwicklung darauf hingewiesen, daß inzwischen die Zahl der unter Fünfjährigen wieder zunimmt, unvorhergesehenerweise. Woran das liegt, ist offensichtlich. Wenn drei Jahre hintereinander jährlich 1 Million Menschen, die vorher nicht vorgesehen waren für die Bevölkerung der BRD, zu uns kommen, und darunter sehr viele jüngere, dann verändert sich die Altersstruktur. Und laßt es mich ganz realistisch formulieren: Die Zuwanderung aus anderen Teilen Europas in die Bundesrepublik in den letzten Jahren hat schon jetzt die Chance eröffnet, die tatsächlichen Konsequenzen aus der Veränderung der Altersstruktur, immer mehr ältere Menschen und weniger im arbeitsfähigen Alter, um fünf bis zehn Jahre hinauszuschieben. Die Veränderung dieser Struktur ist schon jetzt so, daß der Anteil der Jüngeren wieder wächst. Vielleicht wird es einmal so sein, daß die heute Fünfzigjährigen, die in den bevorzugten Wohnquartieren wohnen, und die die Unterschriftenaktion der CDU gegen Asylanten unterschreiben, die man teilweise nur als Volks- oder Menschenverhetzung auffassen kann im Zusammenhang mit Menschen, die zu uns kommen, dann gepflegt werden, gestützt auf die von uns eingeführte Pflegeversicherung, von Kindern der Zuwanderer, die dann in dem Alter sind, daß sie in Krankenhäusern pflegen können. Der europäische Wohlstandsausgleich ist schon jetzt nicht mehr ein einseitiges Geben und Nehmen, sondern schon jetzt hat sich die Chance eröffnet, daß die Überalterungsprobleme durch diese Wanderungsbewegung aus den ärmeren Ländern zeitlich hinausgeschoben und vielleicht lösbar werden.

Die europäische Dimension der großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen ist offensichtlich und wir können ihr nicht entrinnen. Das Regierungsprogramm spricht dies klar aus. Große, selbst große Nationalstaaten sind zu klein, um die globalen Probleme zu lösen und auf der anderen Seite ist der große Nationalstaat ungeeignet, die alltäglichen, die Bürger bedrängenden Probleme auf lokaler und regionaler Ebene aufzunehmen. Deshalb muß mit dem deutschen Einigungsprozeß einhergehen ein wirklicher Gestaltungswillen, ein realisierter Gestaltungswillen der Sozialdemokraten, gleichzeitig den Prozeß zu den Vereinigten Staaten Europas, die mehr sind als die EG, zu beschleunigen und dieses Europa, soweit es dann aus ehemaligen großen Nationalstaaten besteht, föderal und regional zu organisieren.

Daß dieses der Interessenlage Nordrhein-Westfalens entspricht, ist deutlich. Ich halte es nicht für falsch, daß die Menschen bei uns fragen, fragen zunächst einmal, und meistens gar nicht so egoistisch fragen, wie das in der Neiddiskussion von Konservativen dargestellt wird, ob wir nun glauben, daß die Probleme des Ballungsgebietes, die Probleme Ostwestfalens, die Probleme des Aachener Reviers allein dadurch nicht mehr vorhanden sind, daß es demnächst fünf weitere Länder in der Bundesrepublik geben wird. Sie fragen das mit Recht und sie fragen, wie ihre Interessen wahrgenommen werden. Ich glaube, sie werden am besten wahrgenommen, wenn die Sozialdemokraten auch im Bundestag, darauf kommt es jetzt an, im Landtag von Nordrhein-Westfalen dürfte das ziemlich eindeutig sein, auch im Bundestag diese Programmaussage ernst nehmen, daß wir effektive, bürgernahe, föderale und regionale Strukturen in der neuen Bundesrepublik haben wollen, wo man sich relativ ortsnah und problembezogen politisch kümmern kann. Es wird eine wichtige Aufgabe sein bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung, wozu ja der Weg offen geblieben ist durch unseren Beitrag zum Einigungsvertrag, daß ein zureichender Rahmen geschaffen werden kann für fiskalisch und rechtlich handlungsfähige Länder in der Bundesrepublik. Ich füge hinzu: Wenn aus der Geschichte der DDR einiges sinnvoll bewahrt werden soll, beim § 218 haben wir ja gesehen, daß es in dieser Geschichte auch gesellschaftliche Entscheidungen gibt, die für alle Menschen, die in Deutschland zusammenleben werden, weiter Bedeutung haben sollten, dann wird dies am ehesten möglich sein, wenn es handlungsfähige Länder gibt, zu denen auch die fünf Länder gehören, die ich jetzt schon zweimal genannt habe.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, daß es uns in der langen Arbeit der Kommission Fortschritt '90, im Vorlauf dazu mit der Arbeit am Berliner Programm, gelungen ist, Antworten zu finden, auf das, was Menschen von einer anderen Politik in der Bundesrepublik erwarten, daß es uns aber jetzt auch gelungen ist, in einem ganz kurzen Prozeß, der schnell gehen mußte, weil die Ereignisse sich überschlagen, herauszuarbeiten, welches die prinzipiell anderen Positionen sozialdemokratischer Politik gegenüber konservativen Positionen sind, für das, was in den neuen Ländern, die zu uns kommen, geschehen muß. Ich hoffe, wir alle können in den nächsten Monaten gut damit umgehen. Dann werden immer mehr Menschen sagen, dies ist ein Programm, mutig, risikobereit und von ganz starkem Gestaltungswillen, den Oskar Lafontaine verkörpert, geprägt.

Herzlichen Dank.

**9. Beschlussfassung über die Landesliste**  
**a) Platz 1 der Landesliste**  
**b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste**

---

a) Die Landesdelegiertenkonferenz wählte auf Platz 1 der Landesliste Willy Brandt.  
Auf ihn entfielen von 279 abgegebenen gültigen Stimmen 269 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.

b) Entsprechend der in Ziffer 4 der angenommenen Geschäftsordnung vorgesehenen Bestimmungen wurde zunächst über die Kandidaturen für Platz 22 der Landesreserveliste abgestimmt. Die Kandidaten Hans Berger und Karsten Rudolph stellten sich vor.

Die anschliessende Abstimmung über Platz 22 hatte folgendes Ergebnis:  
Von 285 abgegebenen Stimmen waren 284 gültig, davon entfielen

auf Hans Berger 177 Ja-Stimmen  
auf Karsten Rudolph 107 Ja-Stimmen.

Im Anschluss wurde in kumulierter Einzelwahl über die Gesamtliste mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

abgegebene gültige Stimmen: 265

Platz Nr.	Name		Ja	Nein	Enthaltung	Ungültig
02	Anke	FUCHS	251	12	2	-
03	Christoph	ZÖPEL	245	16	2	1
04	Franz	MÜNTEFERING	258	6	1	-
05	Ingrid	MATTHÄUS-MAIER	255	8	2	-
06	Rudolf	DRESSLER	246	15	3	1
07	Katrin	FUCHS	257	7	1	-
08	Uwe	HOLTZ	257	4	4	-
09	Lisa	SEUSTER	258	5	2	-
10	Regina	SCHMIDT-ZADEL	255	6	4	-
11	Wolf Michael	CATENHUSEN	255	7	3	-
12	Hans-Gottfried	BERNRATH	253	9	3	-
13	Helmuth	BECKER	254	9	2	-
14	Horst	EHMKE	255	7	3	-
15	Volkmar	KRETKOWSKI	254	9	2	-
16	Margot	VON RENESSE	248	14	3	-
17	Rudolf	PURPS	253	7	5	-
18	Anni	BRANDT-ELSWEIFER	252	10	3	-
19	Josef	VOSEN	254	9	2	-
20	Dieter	HEISTERMANN	258	6	1	-
21	Horst	JAUNICH	255	8	2	-
22	Hans	BERGER	243	18	4	-
23	Helmut	ESTERS	254	8	3	-
24	Ursula	SCHMIDT	258	6	1	-
25	Heinz-Alfred	STEINER	257	6	2	-
26	Michael	MÜLLER	258	5	2	-
27	Marianne	KLAPPERT	252	10	3	-

Platz Nr.	Name		Ja	Nein	Enthal- tung	Ungü- tig
28	Friedhelm-Julius	BEUCHER	258	6	1	-
29	Hildegard	WESTER	255	6	4	-
30	Heike	NIGGEMEYER	256	5	3	1
31	Karl-Heinz	KLEJDZINSKI	256	4	5	-
32	Walter	SCHÖLER	257	3	4	1
33	Hans-Peter	KEMPER	257	3	4	1
34	Helga	KÜHN-MENGEL	259	4	1	1
35	Klaus-Theo	ROHE	255	5	4	1
36	Hans-Werner	BERTL	256	4	4	1
37	Jürgen	WILHELM	256	6	2	1
38	Manfred	ZABEL	256	5	3	1
39	Günter	RIXE	258	3	3	1
40	Ingrid	BECKER-INGLAU	259	3	2	1
41	Monika	SIMSHÄUSER	255	5	4	1
42	Achim	GROSSMANN	255	6	3	1
43	Volker	JUNG	255	6	3	1
44	Karsten	RUDOLPH	254	8	2	1
45	Dirk	PUNG	256	6	1	2
46	Klaus	LENNARTZ	256	5	2	2
47	Ingrid	STANGE	254	5	4	2
48	Lothar	IBRÜGGER	257	3	3	2
49	Udo	BOTTLÄNDER	254	5	4	2
50	Wilfried	PENNER	253	9	1	2
51	Wilhelm	NÖBEL	254	8	1	2
52	Ursula	SENNEWALD	254	6	3	2
53	Uwe	JENS	258	4	1	2
54	Olaf	DITTMANN	252	7	4	2
55	Johannes	SINGER	256	5	2	2
56	Dieter	SCHLOTEN	257	3	3	2
57	Hermann	HAACK	257	3	3	2
58	Ulrich	BÖHME	257	3	3	2
59	Konrad	GILGES	257	5	1	2
60	Jürgen	SCHMUDE	259	3	1	2
61	Karsten	KOCH	255	4	4	2
62	Otto	RESCHKE	256	5	2	2
63	Dieter	WIEFELSPÜTZ	255	6	2	2
64	Günter	OESINGHAUS	257	3	3	2
65	Rolf	KOLTZSCH	255	4	4	2
66	Helmut	WIECZOREK	253	9	1	2
67	Walter	REMPE	255	5	3	2
68	Dieter	SCHANZ	253	8	2	2
69	Ursula	VOLLERT	257	3	3	2
70	Günter	SCHLUCKEBIER	254	6	3	2
71	Doris	KRÄFT	256	3	4	2
72	Peter	REUSCHENBACH	252	9	2	2
73	Klaus	BOBISCH	257	3	2	3
74	Erika	ROHRBECK	258	3	1	3
75	Hartmut	STICKAN	257	3	2	3
76	Karl-Heinz	HEUSER	257	3	2	3
77	Inge	HAGEMANN	257	3	2	3
78	Rolf	KURTH	257	3	2	3
79	Helma	MEIER	257	3	2	3
80	Dieter	HARTMANN	257	3	2	3
81	Peter	BORIS	257	3	2	3

Nach Abschluss der Wahlen stellte die Versammlungsleiterin fest, dass keine Einwände gegen das Wahlverfahren und Wahlergebnis der Landesdelegiertenkonferenz erhoben werden und die Wahlen ordnungsgemäss erfolgt sind. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

## 10. Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD Willy Brandt

---

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich hätte gerne für die anderen mitgedacht, aber ich will gerne die Pause überbrücken, bis das Wahlergebnis vorliegt. Wenn es ein paar Minuten länger dauert, dann will ich es auch nicht übelnehmen.

Ich selbst habe mich sehr herzlich zu bedanken heute für das erneut, das wiederum ausgesprochene Vertrauen, mich an die Spitze Eurer Landesliste zu wählen. Ich werde gerne und mit Zuversicht mit Euch in den Wahlkampf gehen und mit den anderen, die hier heute gewählt werden oder in den Wahlkreisen längst nominiert sind, sondern mit der ganzen Partei, die an diesem Wahlkampf, die ja ein besonderer ist, davon war heute schon mehrfach die Rede, und um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesem größten Bundesland werben. Ich habe ein bißchen ein schlechtes Gewissen, weil ich die Altersstatistik durcheinander bringe. Also, wenn man feststellt, wie ist das Durchschnittsalter der Bundesabgeordneten der SPD in NW, geht das meines Kontos wegen, erheblich nach oben. Deshalb mache ich einen Vorschlag für die Zukunft: Laßt mich außen vor! Rechnet dann den Durchschnitt aus und macht eine Fußnote: Außerdem haben wir noch einen, dem wurde die Gnade der frühen Geburt zuteil, wofür er gar nichts weiter konnte, da er noch am Vorabend des 1. Weltkrieges zur Welt gekommen ist.

Dies ist kein leichter Wahlkampf für die SPD. Unter anderem deswegen, weil das, was mit der deutschen Frage zusammenhängt, nicht von vornherein zu unseren Gunsten verläuft. Und warum sollte ich es nicht zugeben, mein Eindruck war, daß einige von uns mehr als andere es uns mit dieser deutschen Frage vielleicht schwerer gemacht haben, als es sein muß. Erstens wurde leicht unterschätzt, welche Rolle es spielt, daß mehr als eine ganze Generation von Menschen herangewachsen ist, die aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten keinen engen intensiven Kontakt zum anderen Teil Deutschlands hatten, es sei denn, es gab Familienbeziehungen, die aber auch zum größten Teil sehr gedämpft und in Frage gestellt wurden. Dann gab es zweitens die Befürchtung, verständlich vor dem Hintergrund unserer Geschichte, dies könnte ein nationalistisches Deutschland werden. Die nationalistischen Gefühle könnten die Szene beherrschen. Ich sehe noch Texte vor mir, die jetzt allerdings rasch veraltet sind. Ich habe von Nationalismus nicht viel gemerkt und habe mich gefreut, daß ich davon nicht viel gemerkt habe, sondern habe mehr gemerkt, von einer etwas engen Einstellung zu den Dingen, die sich deutsch und europäisch zugleich gestalten lassen. Dies wird ja schon deshalb kein Nationalstaat alter Prägung, weil diese sich erweiternde Bundesrepublik von Anfang an ihren Platz in europäischen Strukturen hat und weil diese sich erweiternde Bundesrepublik von Anfang an ein föderatives Gebilde sein wird. Ich vermute, nach einigen Jahren, ein stärkeres Gewicht der Länder als in der bisherigen, etwas kleineren Bundesrepublik.

Ich glaube übrigens, liebe Freunde, daß wir mit der Formel von den Vereinigten Staaten von Europa auch nicht ganz unkritisch umgehen sollten. Das ist eine schöne Vorstellung, nur: Sie kommt ja nicht im Handumdrehen, sondern die Vereinigten Staaten von Europa oder was immer man so nennt, Mitteleuropa nennt das die Europäische Konföderation, könnte ungefähr dasselbe sein, das wird sich ja in Etappen vollziehen. Das wird ja ausgehen von der Europäischen Gemeinschaft, die wir haben und die wird sich erweitern, erst um EFTA-Staaten und dann um einige Staaten im bisherigen Warschauer Pakt

früher als mit anderen und, bitte sehr, es wird trotzdem nicht eine Wiederholung des Zustandekommens der USA sein. Ich will das auch gar nicht. Dieses Europa, das zusammenwächst, wird, nach allem, was ich erkennen kann, nicht ein Schmelztiegel sein. Gewiß, man wird einander sehr viel näher kommen, wie die jungen Leute es ja heute schon sind, wenn sie andere Länder besuchen. Denen fällt das auch leichter, als manchen von uns älteren. Und gewiß werden die Regionen eine größere Rolle spielen, wie man es in Frankreich und Spanien schon ablesen kann, aber die gewachsenen, nennt es Einheiten oder nennt es, wie immer ihr wollt, das was sich aus der Geschichte, aus der gemeinsamen Kultur, aus der Sprache, die dazugehört, das wird verträglich, wie man erwarten kann, im Verhältnis zu anderen eine Rolle spielen. Die Sozialdemokraten tun gut daran, sich dazu nicht unnötig in einen Gegensatz zu begeben. Unsere SPD geht deshalb in einen schweren Wahlkampf, weil sie womöglich sehr benachteiligt worden ist, beim Neubeginn in der DDR, die sich ihrem Ende nähert.

Das kann und wird sich bessern. Ich habe den Eindruck, wir werden schon am 14. Oktober erleben, daß die nach vorne gehen, verglichen mit den Wahlen zur Volkskammer. Ich erwarte, daß es dann noch einen Schritt vorangeht, vom 14. Oktober zum 2. Dezember. Hoffentlich sind beide Schritte so, daß sie uns das westdeutsche Ergebnis nachher nicht unnötig herunterziehen. Punkt 2. Übrigens ich will gerne, wie es Johannes Rau ja heute früh getan hat, auch meinerseits sagen, wie sehr ich mich darüber freue, daß Friedhelm Farthmann und Anke Fuchs dort in Spitzenpositionen mithelfen, und wo wir können, sollten wir sie dabei unterstützen, das ist klar. Die dritte Belastung, relative Belastung, mit der wir hineingehen in diese Bundestagswahlen ergibt sich daraus, daß unser innenpolitischer Gegenspieler den Eindruck zu erwecken versucht, er könne erstens alles ganz allein und wird es zweitens ruhmreich zu Ende führen.

Inzwischen hat sich schon beim Einigungsvertrag gezeigt, ohne, oder gar gegen die Sozialdemokraten geht es selbst in dieser Runde nicht. Schon deshalb geht es nicht mehr, weil die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik mittlerweile im Bundesrat über die Mehrheit verfügen. Das ist nicht alles, aber es ist erheblich mehr als nichts. In Wirklichkeit hat sich ja auch gezeigt, und auch hier kann ich ohne Mühe an Johannes Rau heute früh anknüpfen, ohne unsere seinerzeit hart umkämpfte Friedenspolitik, also des sich zähen Bemühens um die Schritte die hinführten zur Sicherung des Friedens, wäre der Umbruch, den wir jetzt nicht nur in Deutschland sondern in Europa erlebt haben, kaum möglich geworden.

Laßt mich hinzufügen. Ohne daß wir vor Jahr und Tag Berlin gesichert hätten, in Situationen in denen zuweilen der Krieg in den Straßen jener Stadt herrschte, ohne dies wäre die deutsche Einheit als reales Thema nicht auf der Tagesordnung geblieben. Und schließlich hörten wir nun immerzu Stimmen, die den Zusammenhang erkannt, erklärt, wenn auch häufig unzulänglich erklärt haben, brauchten wir soweit nicht erst Nachhilfeunterricht zu nehmen.

Man kann heute entweder mit Stolz oder, wenn das zuviel ist, doch mit innerer Befriedigung sagen, wir sind durch wirklich unser Mittun, einer gesamt-europäischen Friedensordnung ziemlich nahe gekommen. Wir haben sie noch nicht. Wir sind ihr sehr viel näher, als jemand wie ich es noch vor fünf Jahren für möglich gehalten hätte. Wer hätte das gedacht, daß wir in dieses Konzept eingehen und hineingehen werden mit der Hälfte der Streitkräfte, die bisher die beiden deutschen Staaten zusammen hatten. Das kann noch

ein bißchen runtergehen. Ich glaube, wenn die europäische Friedensordnung so Gestalt annimmt, wie sie es annehmen kann, können wir auch mit 250.000 auskommen in der erweiterten Bundesrepublik.

Aber wichtiger ist, den Schritt zu erkennen, der jetzt möglich ist, ohne Seewaffen, ohne ABC-Waffen, ohne deutsche atomare Ambitionen. Ich füge hinzu, allerdings mit der klaren Vorstellung, wenn es nach mir geht, daß auch fremde Atomwaffen in Deutschland nicht mehr da sein sollten.

Vielleicht wird das doch noch was mit dem atomwaffenfreien Korridor, von dem die Palme-Kommission gesprochen hat vor zehn Jahren oder etwas weniger als zehn Jahren und wirklich, wie Johannes sagt, mit einer harten Haltung gegenüber dem elenden Geschäft der Waffenexporte. Ich meine, wenn wir Europäer ehrlich sind: Was spielt sich dort ab, im Irak? Was wird dort aufgebieten, falls es zum Krieg kommt: russische Panzer, französische Flugzeuge, deutsche chemische Werke, amerikanische Technologie. Das ließe sich noch eine Kleinigkeit fortsetzen. Da muß, über alle Bemühungen der Vereinten Nationen hinaus, die Europäische Gemeinschaft gedrängt werden zu einer klaren Haltung gegenüber diesem, wie ich es eben genannt habe, elenden Geschäft der Waffenexporte.

Ja bloß, wenn jetzt einer fragt, was unterscheidet uns von den Christdemokraten. Uns unterscheidet ja nicht alles. Wir haben ja auch gemeinsame Verantwortung in diesem Deutschland, was immer uns trifft. Wer war für diese Politik der Verständigung, der Friedenssicherung, wie sie sich jetzt abzeichnet. Wer ist gegen dieses Elend, von dem ich eben gesprochen habe oder diesen Skandal. Wer war für die Schritte, die hinführten - über Helsinki - zur Europäischen Friedensunion und wer war dagegen. Ja, nicht nur reden, auch als abgestimmt wurde, läßt sich doch nachlesen.

Wir haben zwei neue Erfahrungen gemacht, über die ich gerne etwas sagen will. Die eine ist die, daß wir in diesen letzten Wochen brutal daran erinnert wurden, daß es ein leichtgläubiger Irrtum gewesen wäre, aus der Überwindung der Ost-West-Konfrontation abzuleiten, das Thema Frieden habe sich erledigt. Das hat es nicht!

Sondern die Vermutung spricht eher dafür, daß in mehr als einem Teil der Welt neue Konfliktpotentiale freigesetzt werden. Es sei denn, sie würden durch die sich neu mausernden Vereinten Nationen gebändigt. Das ist ein widerspruchsvoller Prozeß, an dessen Beginn wir insofern stehen. Zum Teil wirkt sich die veränderte Ost-West-Relation aus durch die Verbreiterung von friedenssichernden Prozessen. Nehmt Korea als jüngstes Beispiel, aber es gibt ja mehrere Kambodschas, es gibt ja mehrere solcher Beispiele. Es wird aber dabei Regierungen geben, bei denen im Gegenteil der Wegfall der Ost-West-Konfrontation neue zerstörerische, jeweils gefährliche Kräfte freisetzt.

Es ist gut übrigens, was die Vereinten Nationen betrifft, daß es die Chance gibt, daß daraus mehr werden kann als es bisher gewesen ist. Daraus leitet sich dann übrigens, liebe Freunde, die Notwendigkeit ab, für uns, für die Deutschen, für die Bundesrepublik, zu prüfen, was sich hieraus ergibt. Wir gehören ja auch zu den Vereinten Nationen.

Ich hab, am Dienstag war's wohl, in Finnland einen langen Abend mit der ungewöhnlich tüchtigen Vorsitzenden der Japanischen Sozialistischen Partei, gesprochen. Die war der Meinung, was ihr Land angeht, sie könnten das alles über Geld regeln. Ich bin nicht sicher, die haben übrigens noch mehr

Geld als wir - nicht die Sozialisten, aber Japan als Staat, und als Gesellschaft -, ich bin nicht sicher, ob das bei uns mit Geld allein zu machen ist.

Ich bin weiterhin gegen die Ausweitung militärischer Verpflichtungen über das Bündnis hinaus, zu dem wir gehören, das ja auch seinen Charakter übrigens ändern wird, denn du stehst ja bald vor der Frage, gegen wen brauchst du noch ein Bündnis. Es war mehr eine Frage für die Neutralen. Ich frag die neuerdings immer: Gegenüber wem seid Ihr eigentlich neutral. Das Überlegen die auch - in Österreich oder in Schweden oder in Finnland. Aber, liebe Freunde, ich hab vor zwei Jahren, es ist ziemlich genau zwei Jahre her, am 1. September in Münster, nicht weit von hier, auf dem Parteitag gesagt, friedenssichernde Aktivitäten der Vereinten Nationen erhalten größere Bedeutung als bisher.

Auch die Bundesrepublik Deutschland kann einmal die Aufforderung erreichen, in dem einen oder anderen Fall, heißt nach eigener Entscheidung, daran mitzuwirken. Das mag uns in einem Fall möglich, in einem anderen ausgeschlossen erscheinen. Es mag auch sonst noch einiges zu bedenken und zu regeln sein - daran ist man hier jetzt. Aber daß wir der internationalen Staatengemeinschaft grundsätzlich unsere Unterstützung versagen, kann ich mir nicht vorstellen. Das ließe sich heute noch ein bißchen deutlicher sagen, aber dazu habe ich keine Lust, wird sich ohnehin ergeben, wird uns vielleicht mehr nach der Bundestagswahl als vor dieser befassen.

Was Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 15. August, ich sag das mit meinem Respekt vor den Leistungen respektive der Regierung Rau, was der Ministerpräsident in dieser Regierungserklärung, und zwar schon gleich auf der ersten Seite, zum Thema Nord-Süd gesagt hat, das verdient über das Land hinaus Beachtung, und dazu muß ja unzweifelbar gehören, daß Mittel umgelenkt werden, Nun gibt es schon die Leute, die sagen, es wird gar keine Friedensdividende geben, denn erstens zeige uns Irak, zuviel abrüsten dürfte man auch nicht und zweitens, was stimmt, Abrüstung kostet auch Geld. Das wissen ja nicht alle, daß zum Beispiel diese chemischen Waffen, die jetzt weggeschafft werden, die zu vernichten, kostet mehr als das, was es gekostet hat, sie zu produzieren. Einen Panzer zu vernichten kostet immerhin auch 20 000/25 000 Dollar. Das ist natürlich sehr viel weniger als es kostet, ihn herzustellen. Aber die Rüstungskonversion kriegt man nicht gratis, Umstellungen gewisser Wirtschaftszweige kosten auch.

Trotzdem, es muß eine Aufgabe von Sozialdemokraten sein und anderen, die es gut mit ihnen meinen, dafür zu sorgen, daß ein nennenswerter Teil dessen, was sonst in weitere Rüstungen hineingesteckt und objektiv verpulvert würde, umgelenkt wird für den Kampf gegen den Hunger und die Seuchen der Welt und daß ja immer mehr klar geworden ist, auch für die Lösung internationaler Umweltaufgaben. Ich halte das für goldrichtig, was drinsteht in Eurem Programm - über die ökologische Erneuerung Deutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, Europas. Aber wir wissen doch auch, in wie starkem Maße das auf uns zukommt und uns bedrückt, was weit von uns entfernt an Unheil angerichtet wird. Also muß man es international anpacken, auch anpacken die uns bedrohenden Völkerwanderungen.

Noch vor kurzem, wenn man in diesem Europa diskutierte, erschien das Thema neuer Völkerwanderungen sich zu reduzieren, auch schon wichtig genug, auf das Thema, wieviele Millionen wollen noch oder erst von Nordafrika übers Wasser nach Spanien und Italien und wieviele wollen dann von dort weiter. Im Laufe ganz kurzer Zeit hat sich herausgestellt, eine Ost-West-Wanderung in Europa wird mindestens zu einem ebenso großen Problem werden. Und hier

wiederum, denke ich, sind wir Sozialdemokraten uns zumindest einig: So wenig Illusionen man haben darf, aber der Versuch muß gemacht werden, die Verhältnisse in den Ländern, in denen die Probleme entstehen, den Problemen dort nahe zu kommen und in aller Nüchternheit klarzumachen - so sehr wir dabei bleiben, daß dies Land ein Land sein muß, das politisches Asyl gewährt, ein Aufnahmeland, ein Einwandererland-, ohne Grenzen kann diese Bundesrepublik Deutschland nicht sein. So einfach ist das.

Ich habe gesagt, es hätten sich zwei Entwicklungen, jedenfalls aus meiner Sicht, neu gestellt in diesen letzten Monaten. Das zweite ist, es hat sich gezeigt, relativ rasch gezeigt, daß die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, manche nennen das Revolution, war es vielleicht auch, widerspruchsvoller sind und daß sie in ihrer konkreten Ausprägung von Land zu Land differenzierter sind als wir es zunächst vermuten mochten. Das gilt es dann besonders im Auge zu behalten, auch wo es um die politischen Gruppierungen geht. Einige von uns, mich eingeschlossen, warum soll ich das nicht zugeben, haben wohl etwas zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie, also einem Wiedererstehen der Sozialdemokratie im anderen Teil Europas gesprochen. Dabei wurde übersehen, daß schwere Erblasten des Stalinismus wider Willen und Gerechtigkeit auch von denen zu tragen sind, die in sozialdemokratischer oder demokratisch-sozialistischer Tradition, ich sehe da keinen großen Unterschied, und gerade deshalb verfeimt und verfolgt worden waren. So wie in Klammern gesagt, auch die aufbrechenden Nationalismen in einer Reihe der Staaten östlich von uns. Auch ein Stück Erbe stalinistischer Herrschaft oder kommunistischer Herrschaft, wie wir normalerweise sagen. Die Generationslücke macht sich zusätzlich geltend, zumal die alten roten Symbole der Arbeiterbewegung gerade bei vielen aus der jüngeren Generation diskreditiert sind. Ich vermute, nicht nur von heute bis übermorgen. Dies, was sich da abspielt, im Verhältnis zu allem, was sozialistisch sich nennt oder genannt wird, wird, so vermute, ja so hoffe ich, nicht das Urteil der Geschichte sein. Und ich denke, wir haben gar keinen Grund, uns Stimmungen eines tiefen Pessimismus hinzugeben. Aber es wird einige Zeit brauchen, bis das Wasser klarer wird, bis sich das wieder setzt, was aufgewühlt worden ist. Und in dieser Zeit werden wir genau beobachten müssen, nicht nur danach gehen dürfen, wer nennt sich Sozialdemokrat, sondern: Wer vertritt das, was uns nahe kommt? Und das trägt in Polen heute schon andere Namen als in Ungarn und wird in der Sowjetunion - ich sprach dieser Tage in Wien mit russischen Sozialdemokraten, Mitgliedern des obersten Sowjets - diskutiert. Es wird sich sehr unterschiedlich in den verschiedenen Teilen des sogenannten bisherigen Ostblocks darstellen.

Ende des Monats werden wir nun eine Partei sein auf deutschem Boden. Da ich schon von Schwächen gesprochen habe, die uns zu schaffen machen: Sicher gehört hierzu, daß es uns und zumal unseren Freunden, die das dort neu in Gang gesetzt hatten in Ostberlin und auch außerhalb Ostberlins, denen ich aber nichts vorwerfen kann, sicher ist uns im letzten Spätherbst und dann über die Jahreswende hinweg das Wort an die alten und die jüngeren Sozialdemokraten im anderen Teil Deutschlands noch nicht recht gelungen. Und sicher ist denen, die das dort neu in Gang gesetzt haben, das Wort an die Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, noch nicht gut genug gelungen ist. Und gerade was dieses angeht, gilt es die historische Brücke zu schlagen: Zu denen, die nach dem Zweiten Weltkrieg dabei waren, die leidgeprüften, die unbescholtenen Sozialdemokraten, auch wenn sie in der Einheitspartei landeten, und den Brückenschlag hin zu den nach wirklich neuen Wegen suchenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ich hoffe, dazu kann der gemeinsame Parteitag Ende des Monats in Berlin schon einen Beitrag leisten.

Dann haben wir in der folgenden Woche das Einholen der Flagge der anderen Seite. Dann haben wir den Staatsakt mit dem Bundespräsidenten. Das ist eine Geschmacksfrage, ob man dazu die Staatsoberhäupter der anderen einlädt. Ich glaube, es ist in erster Linie unser Tag, wenn die beiden Deutschland wieder zusammenkommen. Aber gewiß muß auch eine Gelegenheit gefunden werden, die Rolle zu würdigen, die veränderte Rolle jetzt der bisherigen noch über Sonderrechte verfügenden Mächte. Dann wird am 4. Oktober zum ersten Mal der erweiterte Bundestag tagen, in Berlin, in dieser Übergangsphase bis zum Dezember. Ich glaube, ich soll dort antworten, wenn Kohl gesprochen hat. Und am 5. Oktober, am Tag danach, wird dieser erweiterte Bundestag in Bonn sein.

Ja, ich habe mir gedacht, als ich mir meine Notizen gemacht habe: Sollst du nun bei einer solchen Gelegenheit das heiße Eisen "Hauptstadt" einfach liegenlassen? Sollst du nicht sagen, daß deiner Meinung nach die Frage "Berlin oder Bonn? Bonn oder Berlin?" falsch gestellt ist. Soll denn das nach deiner und anderer Wertung der Zusammenhänge jetzt hinauslaufen dürfen auf etwas, was Bonn und Berlin, Berlin und Bonn heißen wird, wie immer man die Uhr konstruiert, um die es sich hier handelt. Also, denkt nicht, daß ich das nur als alter Versöhnler sage, der in kritischen Situationen sich bemüht, Dinge unter einen Hut zu bringen, sondern ich glaube: Es geht gar nicht anders. Gewiß läuft es auf eine Teilung einer Reihe zentraler Aufgaben hinaus. Übrigens, dann nicht nur auf diese beiden Städte bezogen. Schon in der Bundesrepublik, die wir jetzt haben, gibt es wichtige zentrale Bundesaufgaben. Und die Bank soll in Frankfurt bleiben, und die Gerichte sollen jedenfalls zur Hälfte in Karlsruhe bleiben, weil: Die andere Hälfte kann nach Leipzig. Denn das war geschichtlich ein großer Gerichtssitz in Deutschland und irgendeine wichtige kulturelle Institution, würden die Länder auch ein bißchen mit drüber nachdenken, sollte meiner Meinung nach Weimar kommen: Weimar, das in der deutschen Geschichte und im europäischen Kulturzusammenhang seine Rolle spielt.

Also, dann dürft ihr einem früheren Berliner Bürgermeister nicht übel nehmen, wenn er, dort wo die Debatte ein bißchen emotional wird, sich den Hinweis erlaubt: Brauner als andere deutsche Städte war Berlin auch nicht!

Und gewiß ist Bonn besonders stark mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden, aber keiner wird bestreiten können, daß Berlin auch in Europa liegt, und daß Berlin sogar eine besondere Rolle spielt, spielen kann, in dem sich erweiternden Europa, der sich erweiternden Gemeinschaft.

Und wenn ich noch eine Frage stellen darf. Ich kann ja nicht recht erkennen, was die Berliner seit dem 9. November 1989 verbrochen hätten, woraufhin man ihnen gegenüber jetzt eine Rechnung aufmacht, die man bis zum 9. November nicht aufgemacht hatte. Da waren wir doch alle für Berlin.

Wir haben jetzt einen Wahlkampf zu führen. Und dann wird ein gesamtdeutsches Parlament gewählt. Und dann hat dieses zu entscheiden. Eine ganze Menge von Fragen, wichtigen Fragen. Nicht alles wird dadurch besser, daß man es überstürzt. Und jedenfalls haben wir es hier mit einer Materie zu tun, die durch ein Überangebot an Emotionen eher Schaden leidet, denn gefördert wird.

Ich will Euch schließlich noch sagen: Natürlich freu ich mich, nach allem, was man so durchgemacht hat in diesem Land seit dem Zweiten Weltkrieg, ich freue mich, daß jetzt das in Gang gekommen ist, was die Menschen zusammenführt. Ich hoffe, daß nicht noch unnötig viel Mist gemacht wird. Aber ich sage Euch ebenso, ich bin tieftraurig über das Ausmaß an Unzulänglichkei-

ten, das sich in Ostberlin wie in Bonn gezeigt hat, auf ganz unterschiedliche Weise. Ich kann das eher verstehen, wo es um Ostberlin geht. Aber es war auch schon zum Teil schwer verständlich, wie die sich verheddert haben. Auf die Bundesrepublik bezogen, ja, ich würde es mal so sagen, an jenem 10. November, nachdem die Mauer gefallen war und man sich dort geäußert hat, da habe ich wörtlich gesagt in einer improvisierten Rede im Rathaus, die immer mit einem anderen Satz noch zitiert wird, da hatte ich gesagt: Ich hoffe, die Schubladen sind nicht leer, was das Geistige angeht. Und dann im nächsten Satz: Ich hoffe, auch die Kassen geben was her. Also bitte, bei den Schubladen meinte ich nicht das Geld. Sondern ich dachte, es gäbe was, womit wir vorbereitet wären auf den Vorgang. Es war nichts da. Ich weiß nicht, wieviele Millionen im Laufe der Jahre ausgegeben worden sind für Institute, die angeblich mit diesem Vorgang etwas zu tun haben sollen. Aber auch wenn die nichts hatten und sagen würden: "Ja, damit haben wir nicht gerechnet, daß es so kommt und daß es jetzt kommt". Aber daß seitdem durch falsche Dispositionen so viele Milliarden verschleudert worden sind, nicht vernünftig eingesetzt worden sind, das sollten wir den anderen unter die Nase reiben.

Es wird teurer. Es geht drüben in der Wirtschaft mehr kaputt als hätte kaputt gehen müssen, das hilft jetzt nichts. Auf der anderen Seite, das ist jetzt überhaupt keine kritische Anmerkung zu dem guten Programm, das die Kommission mit Oskar Lafontaine ausgearbeitet hat, schon gar keine kritische Anmerkung zur Energiepolitik und den damit verbundenen finanziellen Dispositionen. Ich habe davon unabhängig meine großen Zweifel, ob Sozialdemokraten sich ohne Not zu den Trägern von Unheilsbotschaften machen müssen. Damit will ich sagen, eine Seite ist, dem Kohl unter die Nase zu reiben, daß war nicht in Ordnung, den Leuten zu erzählen: Ihr kriegt das zum Nulltarif. Das ist die eine Seite. Aber ob man, zumal noch im staatsöffentlichen Streit gelegentlich untereinander zwischen Sozialdemokraten die Last abnimmt, zu sagen, wie das finanziert wird, das bitte ich nochmal zu überlegen. Der Grundgedanke muß allerdings bleiben, denke ich, daß die Sozialdemokraten eine Partei sind, die im Zeichen der Forderung nach Solidarität entstanden sind. Dies muß im Prinzip, nicht nur wie es damals galt, für die Schwächeren untereinander gelten. Es muß, so haben wir es auch im Laufe der Jahre zunächst definiert, als eine Pflicht der Stärkeren gegenüber den Schwächeren verstanden werden. Das heißt dann auch, des stärkeren Teils Deutschlands gegenüber dem schwächeren. Wohlwissend, daß daraus in wenigen Jahren etwas wird, daß aus dem schwächeren Teil sogar den in mancherlei Hinsicht avancierteren Teil werden lassen können.

Christoph Zöpel hat hier eben zum Regierungsprogramm Stellung genommen. Ich finde, daß ist ein gutes Papier, wenn der auch von Christoph Zöpel zitierte freidemokratische Graf würde ich sagen, denn er meint, das sei das Programm einer 30 %-Partei, so spricht er dann erstens immer noch von den Trauben, die für ihn zu hoch hängen. Aber ich denke, auch er und andere können nicht leugnen, daß wir, wie es Zöpel eben deutlich gemacht hat, in der DDR in einigen Teilen viel mehr, in anderen weniger in Wirklichkeit vor der ökonomischen Katastrophe stehen. Das ist nicht mehr Belastung. Das ist nahe an der Katastrophe dran und um hier Abhilfe zu schaffen, sind energische Maßnahmen und Konzepte gefordert. Und es ist kein Zweifel daran, daß der Neuaufbau der Wirtschaft der bisherigen DDR von Beginn an mit der Wahrung ökologischer Orientierungspunkte verbunden sein muß und dafür bietet das Regierungsprogramm gute Handlungshinweise.

Ich denke und habe mich dafür schon bedankt neulich in der Bundestagsfraktion, bei denen, die die Besprechungen und Verhandlungen geführt haben. Die Gespräche am ovalen Tisch in dieser letzten Runde, die haben auf den

hier schon heute morgen erwähnten Gebieten zu wichtigen Zwischenergebnissen geführt. Ich kenne freilich Staaten, in denen die Frage der gemeinsamen, wenn Ihr so wollt, der gemeinsamen nationalen Verantwortung schon früher und deutlicher gestellt worden wäre. Wo auch die Frage der Einigung zu parteiübergreifender Verantwortung groß geschrieben werden muß, was ja in Wirklichkeit auch für die sichtlich erweiterte Europäische Gemeinschaft gilt. Schaut Euch das Europa der EG an einschließlich der EFTA-Staaten und Ihr kommt zu dem Ergebnis: Wir leben in einem Zustand des relativen neuen Denkens, etwas links und etwas rechts. Hieraus und aus den objektiv sich stellenden Fragen folgert, daß neben all dem, was umstritten ist und worüber gestritten werden muß, Bereiche gemeinsamer Verantwortung notwendigerweise erschlossen werden müssen.

Ich will jetzt nur noch sagen, daß ich jetzt zweimal den Ausdruck der sich erweiternden Europäischen Gemeinschaft gebraucht habe. Dies versteht sich nicht immer noch primär als die Sache der Wirtschaftsgemeinschaft. In Wirklichkeit wird die europäische Sicherheitsordnung, Friedensordnung, die wird abzulesen sein, bevor die Europäische Gemeinschaft, wie wir sie kennen, erweitert ist. Außerdem wird klar sein, wer an dieser sich erweiternden Gemeinschaft teilhaben will, der muß zum Europa der Menschenrechte ja sagen oder er kann nicht dazugehören. Zum freiheitlichen Europa kann nur gehören, wer die Menschenrechte garantiert und den Grunderfordernissen pluralistischer Demokratie gerecht wird. Ich rate sehr dazu, schließlich, liebe Freunde, ich rate sehr dazu, keines der handfesten Themen bei uns zuhause, bei uns zuhause heißt jetzt bald auch einschließlich DDR, zu vernachlässigen. Ich rate gleichzeitig dazu, unser europäisches Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern vielen in unserm Volk deutlich zu machen, so daß sie es hoffentlich verstehen. Den Frieden kann man nur mit den anderen zusammen dauerhaft sichern, soziale Sicherheit werden wir auch nur in der Gemeinschaft halten und weiterführen. Das gilt für die soziale und ökologische Erneuerung, also das Kernstück des Regierungsprogramms Lafontaine. Ganz zu schweigen von den Menschheitsaufgaben, die wichtiger werden: Hunger, Umwelt, zusätzlich zu den dann dennoch immer bestehenden Kriegsgeschehnissen in anderen Teilen der Welt. All dies sind nicht national zu isolierende Gegenstände, aber es sind alles Aufgaben auf die zuzugehen, die voranzubringen, so gut es geht, sich wahrlich lohnt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

## 11. Schlusswort

Johannes R a u verzichtete auf ein Schlusswort.

Antje Huber schloss die Landesdelegiertenkonferenz um 15.45 Uhr mit einem Dank an alle Mitwirkenden.